

Die Weltwirtschaftskrise 1929-33, die aktuelle Krise und was die Politik dagegen tut

Georg Quaas

(Entwurf, Bearbeitungsstand: 27.04.2009)

Die Panikverkäufe an der New Yorker Börse, die am 24. Oktober 1929 begannen, können als Ausgangspunkt der Weltwirtschaftskrise (1929-33) angesehen werden. Nach Hardach (2000) ging diesem Ereignis jedoch eine „Vielzahl von nationalen zyklischen Krisen“ voraus, „die sich durch den Zusammenbruch des Welthandels und des internationalen Kreditsystems zu einer weltweiten Katastrophe verdichteten.“ Die Vereinigten Staaten waren aus dem Ersten Weltkrieg nicht nur politisch als Hegemonialmacht hervorgegangen, sondern hatten auch ihre ökonomische Stellung im internationalen System gestärkt: Der Verlierer Deutschland (Reparationszahlungen), aber auch die Alliierten (Kriegskredite) waren (untereinander und) bei den Amerikanern tief verschuldet. Diese machten es den anderen Ländern durch ihre Zollpolitik nicht gerade leicht, ihre Schulden durch Exporte zurückzuzahlen. Der US-amerikanische Protektionismus der 20er Jahre war bereits die Reaktion auf eine sektorale Krise, die vor allem in einer anhaltenden Überproduktion in der Landwirtschaft und den national und international fallenden Rohstoff- und Lebensmittelpreisen bestand (Kindleberger): Viele Farmer reagierten darauf mit Rationalisierungsinvestitionen, für die sie sich bei den Banken hoch verschuldeten. Der Rest der amerikanischen Wirtschaft war jedoch in einem recht guten Zustand: Die USA hatten einen Anteil von ca. 42% an der Weltindustrieproduktion erreicht und befanden sich gerade auf dem Höhepunkt eines konjunkturellen Aufschwunges, als 1929 die Krise einsetzte. Auslöser war 1928 der Übergang der amerikanischen Notenbank (Federal Reserve Board) zu einer restriktiveren Geldpolitik, mit dem Ziel, die Börsenspekulation zu dämpfen. Unter den verteuerten Krediten litt die Realwirtschaft jedoch mehr als die Börse, die bis zum Börsensturz im Oktober – möglicherweise ausgelöst durch die Befürchtung, dass protektionistische Maßnahmen auch auf Industrieprodukte ausgedehnt werden sollen - optimistisch blieb. Banken, die die Spekulation an der Börse mit finanziert hatten, mussten zusehen, wie sich durch den Kursverfall der Aktien ihre Kredite in Rauch auflösten, und gingen nicht selten pleite. Durch die Geldknappheit verteuerten sich neue Kredite noch mehr, so dass Investitionen nicht getätigt wurden und das Geschäftsklima umschlug. Fallende Preise trieben Firmen in den Bankrott, die am Markt zu wenig verdienten, um Zins und Tilgung zahlen zu können. Die Arbeitslosigkeit stieg von Jahr zu Jahr, schließlich bis auf 25%. Von 1929 bis 1932 sank das Kursniveau der Börse auf 17% des Standes vor dem Börsencrash (Hardach). Das reale Nationaleinkommen der USA fiel innerhalb von drei Jahren etwa auf den Stand vom Anfang der 20er Jahre zurück.

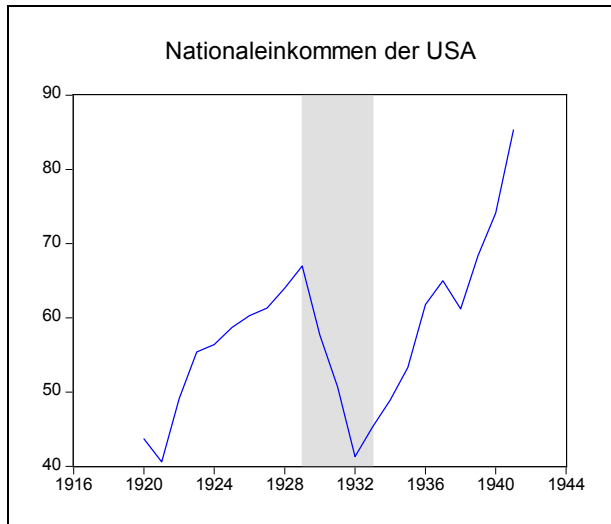


Abb. 1: Verlauf des Nationaleinkommens der USA 1920-1941 in Mrd. Dollar (Preisbasis 1934); schraffierte Fläche: Weltwirtschaftskrise; Quelle der Daten: Lawrence R. Klein: Economic Fluctuations in the United States 1921-1941. New York / London 1950.

Verschärft und unnötig in die Länge gezogen wurde die Krise durch das herrschende ökonomische Dogma. Trotz Exportüberschüssen sollte die heimische Wirtschaft durch weitere Zölle (1930) vor den Billigprodukten des Auslands geschützt werden. Das führte zu entsprechenden Gegenreaktionen der anderen Staaten und damit zu einem Handelskrieg, der sich in einem beträchtlichen Rückgang des internationalen Handels niederschlug. Der Rückgang des Handelsvolumens der größten Wirtschaftsmacht war enorm; im Falle anderer Länder sah es zumeist noch schlimmer aus.

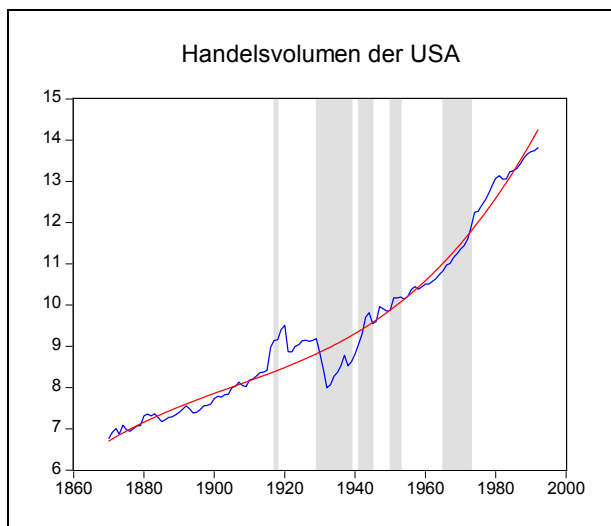


Abb. 2: Schwankungen des Handelsvolumens der USA um den mittleren Trend (Logarithmus); schraffierte Flächen: USA im 1. Weltkrieg, in der „Großen Depression“, im 2. Weltkrieg, im Koreakrieg, im Vietnamkrieg; Quelle der Daten: Katherine Barbieri, National Trade Data Set.

Das Hoover-Moratorium (zum politisch-strategischen Hintergrund vgl. Schmidt) von 1931, nach dem Reparationen und Kriegsschulden ausgesetzt wurden, entspannte zwar die Situation auf den internationalen Finanzmärkten, es reichte aber nicht aus, um die Kapitalmärkte zu stabilisieren. Zu den damals herrschenden

wirtschaftspolitischen Vorstellungen gehörte auch ein ausgeglichener Staatshaushalt. Ausgaben zum Ankurbeln der Konjunktur passten nicht in dieses Konzept. „Krisenverschärfend wirkte auch, dass die Notenbank nicht bereit war, in den Banken Krisen von 1931-32 und 1933 das Bankensystem zu stützen.“ (Hardach) Und schließlich kamen Trockenheit, Bodenerosion und Missernten hinzu, die bis 1936 anhielten und zu einer Migration der ländlichen Bevölkerung in die Städte führte, in denen Arbeitslosigkeit, Armut und Obdachlosigkeit das Bild prägten.

Eine Wende wurde von dem 1933 ins Amt eingeführten Präsidenten Franklin D. Roosevelt eingeleitet, der bereits in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit eine Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergriff, die die ganze Breite der Wirtschaft betrafen und mit dem politischen Schlagwort „New Deal“ bezeichnet werden: Das Spektrum reicht von einer Stabilisierung des Bankensektors über konjunkturpolitische Maßnahmen wie Arbeitsbeschaffungs- und groß angelegte Investitionsprogramme, eine flexiblere Währungs- und Außenhandelspolitik bis hin zur Armutsbekämpfung. Diese Politik riss unfreiwillig riesige Löcher in den Bundeshaushalt, die 1935 – mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage – wieder gestopft werden sollten. Das verursachte zwischen 1937 und 1938 eine neue Krise, deren Überwindung dann in einen Wiederaufstieg der amerikanischen Wirtschaft durch den Eintritt in den zweiten Weltkrieg mündet. Am Ende des „New Deal“ (1939) betrug die Arbeitslosigkeit immerhin noch 17%. Ein wesentliches Element der neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik war die Stützung der Preise durch Monopole und Kartelle, wozu auch die Anerkennung gewerkschaftlicher Organisationen zählt.

*

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ging wiederum von den Vereinigten Staaten aus, in denen sich Banken zwar nicht an der Börse verspekuliert, sondern – stets auf der Suche nach profitablen Anlagen – bei der großzügigen Vergabe von Krediten an finanzschwache Häuslebauer und dem Weiterverkauf der riskanten Hypotheken, verpackt in anderen Wertpapieren, tickende finanzielle Zeitbomben gelegt haben, die seit 2007 irgendwo auf der Welt, aber vor allem in den USA selbst, „in die Luft fliegen“. Wie in der Weltwirtschaftskrise 1929-33 droht das Geld – ein anderes Wort für Kredit – knapp zu werden, worunter die Investitionstätigkeit der realen Wirtschaft leidet. Ähnlich ist auch der Umstand, dass einige wichtige Volkswirtschaften den Höhepunkt ihres konjunkturellen Zyklus gerade hinter sich haben, darunter Deutschland.

Ein wichtiger Unterschied der jetzt angebrochenen Rezession zur Weltwirtschaftskrise von 1929-1933 besteht darin, dass sich die wirtschaftspolitischen Vorstellungen, von denen sich die maßgeblichen Regierungen leiten lassen, geändert haben – zum Teil wenigstens. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes spielt in dieser rigiden Form zwar keine Rolle mehr, allerdings haben sich die EU-Länder durch den Maastricht-Vertrag auf Obergrenzen der Neu- und der Gesamt-Verschuldung geeinigt. Für einige Staaten, die bereits vor der Krise hoch verschuldet waren, bedeutet dies eine Reduzierung ihres finanzpolitischen Spielraumes. Andere Staaten, die weder durch veraltete Vorstellungen noch durch vertragliche Regelungen behindert werden, nutzen ihre Möglichkeiten aus: Großbritanniens Labour-Regierung griff am 7. Oktober 2008 beherzt in die Finanzwirtschaft ein, nachdem selbst die konservative Bush-Administration sich für

eine bislang kaum für möglich gehaltene Stützung des privaten Bankensektors durch den Staat entschieden hatte. Deutschland und andere europäische Länder zogen alsbald nach. Ein Vergleich mit der Situation von 1929 zeigt aber auch, dass sich die Finanzkrise zwar mit nationalen Wirtschaftskrisen verflücht, die Politik aber im Vergleich zu den Stützungen im Finanzsektor auf dem Gebiet der Realwirtschaft eher zurückhaltend agiert: Die Stützungsmaßnahmen der OECD-Länder liegen zur Zeit im Durchschnitt bei 3,4% des BIP, die Bundesregierung operiert mit 3% leicht unter diesem Durchschnitt, wobei nicht einmal die Hälfte dieser Ausgaben auf 2009 entfällt (OECD 2009) – angesichts eines zu erwartenden Einbruchs des BIP von 6% (Gemeinschaftsdiagnose, S.33) der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Abgesehen von der vorgesehenen zeitlichen Verteilung der eingesetzten Finanzmittel (siehe Tabelle im Anhang) laufen die investiven Maßnahmen nur langsam an. Allein die „Abwrackprämie“, die von den führenden Wirtschaftsinstituten wegen ihrer temporären und sektoral beschränkten Wirkung eher negativ beurteilt wird (Gemeinschaftsdiagnose, S.78), wirkte mit dem erforderlichen Tempo und kurbelte in einem Maße den Verkauf von Kleinwagen an, das selbst die Regierung davon überrascht wurde.

Womit könnte diese Zurückhaltung der europäischen Regierungen erklärt werden? Abgesehen von den bereits erwähnten institutionellen Beschränkungen vielleicht durch die global doch in vielen Aspekten unterschiedliche Situation. Neben den Vereinigten Staaten haben sich weitere starke Wirtschaftszentren (China, Indien) herausgebildet, deren vergleichsweise immer noch hohes Wachstum den Welthandel stützt. Eine Neuauflage des Handelskrieges ist zumindest momentan nicht zu erwarten; zwar ist der Protektionismus nicht tot, richtet sich aber vor allem gegen Staaten mit geringem Einfluss auf die Weltwirtschaft. Der Wille zur Kooperation zwischen den führenden Industriestaaten ist vorhanden, auch wenn man zweifeln darf, dass die wohlklingenden Absichtserklärungen zu einschneidenden Änderungen am internationalen Finanzregime führen werden. Einen Goldstandard, der die Weltwirtschaftskrise 1929-33 wahrscheinlich verschärft und verlängert hat (Kindleberger), gibt es nicht mehr, statt dessen flexible Wechselkurse zwischen den Währungen der großen Wirtschaftszentren. Ein umfassender globaler Preisverfall, der viele Unternehmen zusätzlich in die Pleite treiben könnte, ist zur Zeit nicht in Sicht, auch wenn erste Ansätze dafür in einzelnen Ländern zu erkennen sind. Blickt man jedoch auf die Börse, so ist der Kursverfall beträchtlich: der deutsche Aktienindex fiel innerhalb eines knappen Jahres um mehr als 40%.

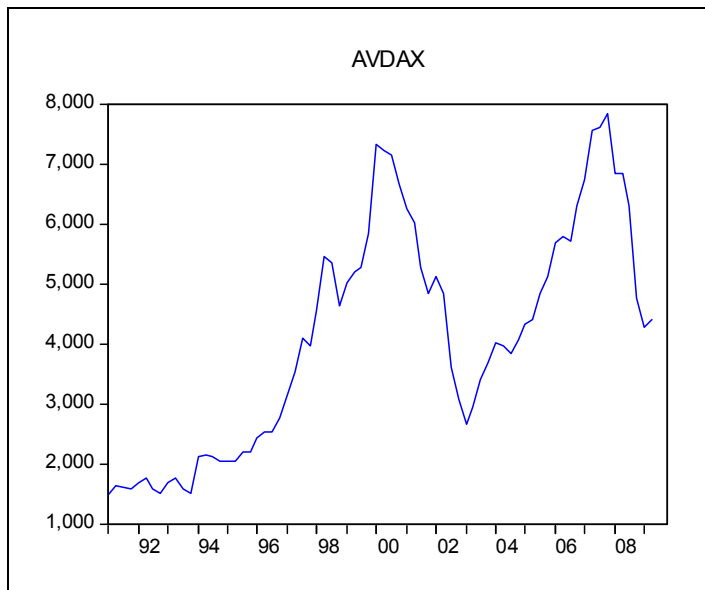


Abb. 3: Deutscher Aktienindex, vierteljährlicher Durchschnitt; Daten: www.boerse.de, Finanzportal GmbH, Historie monatlich, eigene Rechnungen

Ob inzwischen bereits Erholung angesagt ist oder ein weiterer Absturz in Zusammenhang mit der bevorstehenden Pleitewelle auftragsloser Unternehmen zu erwarten ist, steht in den Sternen.

*

Angesichts des offensichtlichen Versagens der Prognostiker wird zur Zeit die Frage diskutiert, ob die Wirtschaftswissenschaft mit einer solchen Aufgabe nicht überfordert wäre (siehe u.a. Gemeinschaftsdiagnose). Abgesehen von einigen pragmatischen Gründen, die gegen ein Prognosematorium sprechen, sollte aber nicht übersehen werden, dass die Prognose ein wichtiges Mittel ist, um die vorhandenen Methoden und Theorien auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen. Und in Bezug auf die Weltwirtschaftskrise 1929-1933 gilt: Nicht nur die Politik, sondern auch die Wirtschaftswissenschaft hat eine Menge aus diesen Ereignissen gelernt. Die Makroökonomik entwickelte den nachfrage- und erwartungsorientierte Theorie John M. Keynes' zur neoklassischen Synthese weiter, die mit ihren verschiedenen Modellen kochrezeptartige Anweisungen gibt, an denen sich die Geld- und Fiskalpolitik orientieren können, um die Wirtschaft auf einem stetigen Wachstumskurs zu halten. Im großen Ganzen – so schien es bis vor kurzem – konnte damit die Gefahr der Wiederholung eines so katastrophalen Ereignisses wie die Great Depression als gebannt angesehen werden. Zwar gab es, worauf Paul Krugman verweist, auch in den letzten Jahrzehnten eine ganze Reihe von Krisen, die nachdenklich hätten stimmen können, deren Wirkungen aber niemals die Dimension der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 erreichten. Außerdem kann man im jeden einzelnen Fall Fehler der verantwortlichen Akteure finden, die die Theorie von dem Vorwurf entlasten, unzureichend gewesen zu sein. Aus diesem Grund kritisiert der Nobelpreisträger auch weniger die Makroökonomik als Ganzes als vielmehr die theoretische Fokussierung der Wirtschaftswissenschaft auf ein langfristiges Wachstum und auf Gleichgewichtszustände angesichts einer Welt, die von einer Krise in die nächste schlittert (Krugmann 2009, S.184). Durch diese Fokussierung blieben die neuen Entwicklungen unbeachtet, deren Gefahrenpotenzial jetzt zur Wirkung kommt, wie die Herausbildung eines ungesicherten und fast regelfreien operierenden Schatten-Bankensystems in einem Umfang von ca.10000 Mrd. Dollar.

Die Aktualität und Wichtigkeit der gegenwärtigen Krise bringt es mit sich, dass fast vergessene historische Fakten und Elemente einer bislang nur fragmentarisch vorhandenen Krisentheorie wieder erinnert und dem Publikum vorgeführt werden (müssen). Angesichts einer nur gering entwickelten Neigung, die Publikationen von Kollegen zu kritisieren, und angesichts der langen redaktionellen Bewertungs- und Bearbeitungszeiten besteht nur wenig Hoffnung, dass durch wissenschaftliche Analysen und Diskussionen kurzfristig entscheidend neue Erkenntnisse zur Krisenbewältigung beigebracht werden können. Insofern scheint die Empfehlung vernünftig zu sein, sich konsequent auf die vorhandenen makroökonomischen Einsichten zu stützen. Der weitere Verlauf der Krise wird sowieso wesentlich davon abhängen, wie die Wirtschaft in den USA und anderswo auf die massiven Stützungsmaßnahmen reagiert, die unter Präsident Obama umgesetzt werden. Die Wirtschaftspolitik wird vor ihrer nächsten Bewährungsprobe stehen, wenn eine Welle von Firmenpleiten hereinbrechen und eine Reihe der sowieso schon angeschlagenen Banken mit sich reißen sollte. Dann wird sich zeigen, ob eine vorrangig den Finanzsektor stützende Politik ausreichend war, und wie die Politik mit dem Problem einer erneut in die Knie gehenden Finanzbranche fertig werden will. Vom Ausgang dieser Ereignisse wird es abhängen, ob die theoretisch induzierte Fokussierung der Krisenbewältigung auf den Bankensektor sich bewähren oder scheitern wird.

Literatur:

Brost, Marc / Schieritz, Mark (2008): Wer rettet die Konjunktur? In: DIE ZEIT 2008/44, S.25

Hardach, Gerd (2000): Die Große Depression in den USA 1929-1939. In: Beiträge zur historischen Sozialkunde, Jg. 30, Nr.1, Wien, S. 8-16

Holtfrerich, Carl-Ludwig (1994): Weltwirtschaftskrise und Außenhandel - Forschungsstand und Forschungsaufgaben. In: Otto Büsch/Peter-Christian Witt (Hrsg.): Internationale Zusammenhänge der Weltwirtschaftskrise. Berlin 1994. S.53-69

Kindleberger, Charles P. (1973): The World in Depression 1929-1939

Krugman, Paul: The Return of Depression Economics and the Crisis of 2008.

OECD Economics Department: Fiscal Packages across OECD Countries: Overview and Country Details. Vom 31.03.2009.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Im Sog der Weltrezession. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009.

Schmidt, Gustav (1994): Internationale Politik in der Weltwirtschaftskrise. In: Otto Büsch / Peter-Christian Witt (Hrsg.): Internationale Zusammenhänge der Weltwirtschaftskrise. Berlin. S.27-52

Anhang

Mehrbelastungen der öffentlichen Haushalte Deutschlands durch finanzpolitische Entscheidungen in den Jahren 2008-2009 in Mrd. € (Stand April 2009)

Maßnahmen	2009	2010	2011	2012
Gesetz zur Beschäftigungssicherung:				
Steuerliche Förderung Handwerkerleistungen		0,9	1,5	1,5
Degressive AfA 25%	1,94	4,325	4,165	2,420
Sonderabschreibung für kleine und mittelständische Unternehmen	0,235	0,370	0,21	0,01
Kfz-Steuerbefreiung	0,380	0,135	-	-
Zum „Schutzschild“ gehören außerdem:				
Weitere KfW-Programme	0,073	0,076	0,076	0,074
Energieeffizientes Bauen	0,042	0,22	0,457	0,584
Verkehrsinvestitionen (Wasser/Straße/Schiene)	1,0	1,0	-	-
Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	0,2	0,1	0,1	
Verlängerung des Kurzarbeitergeldes um 6 Monate	0,3	0,15		
Wohngeld (Einmalzahlung)	0,12			
Wohngeld (dauerhafte Erhöhung)	0,52	0,52	0,52	0,52
Zum „Schutzschild Plus“ gehören:				
Kindergeld und Kinderfreibeträge	2,275	2,145	2,11	2,11
Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten		0,08	0,13	0,13
Ausbau der Kindertagesbetreuung	0,43	0,43	0,43	0,43
Zuschüsse zu den Betriebskosten (Kindertagesbetreuung)	0,37	0,37	0,37	0,37
Sonstige zusätzliche Ausgaben:				
Rentenanpassung 2008 (einschl. Unfall- und Krankenversicherung)	2,672	2,672	2,672	
Pendlerpauschale	5,0	2,5		
Zweites Konjunkturpaket	2009	2010	2011	2012
<i>Entlastungen</i>				
Senkung der Einkommensteuer	4,91	5,605	6,055	6,195
Senkung der Beiträge zur GKV	3,2	6,3	6,3	5,5
100 € Kinderbonus	1,4			
Senkung der Beiträge zur AF		0,8		
<i>Beschäftigungssicherung</i>				
SV-Beiträge bei Kurzarbeitergeld	1,1	1,2		
Qualifizierungsmaßnahmen	0,4	0,4	0,175	0,09
Erhöhung Hartz-IV (Kindergeld)	0,17	0,34	0,34	
<i>Investitions- und Tilgungsfond</i>				
Zentrales Inv.-Progr. Mittelstand	0,9			
Kfz-Abwrackprämie	5,0			
<i>Zukunftsinvestitionen</i>				
Bildung	(3,25)	(3,25)		
Mobilitätsforschung	0,3	0,2		
<i>Infrastruktur</i>				
Verkehrswege	1,9	(2,1)		
<i>Klimaschutz</i>				
Energetische Gebäudesanierung	0,75			
Weitere Investitionen des Bundes	1,375	(1,0)	(0,375)	
Investitionen der Länder & Komm.	1,25	(1,0)	(0,25)	
Paket 1 + 2 + zusätzl. Maßn.	36,268	38,188	26,235	19,933

Anmerkungen

Die Tabelle verarbeitet u.a. die Angaben zu den Haushaltswirkungen des Maßnahmenpakets „Schutzschirm für Arbeitsplätze“ für Bund, Länder und Gemeinden in Mrd. € vom 5. Nov. 2008 unter Berücksichtigung der Überarbeitung vom 12. Nov. 2008, des Beschlusses zum Ausbau der Kindertagesbetreuung, des Familienleistungsgesetzes, des Verfassungsgerichtsurteils zur Pendlerpauschale sowie des Gesetzes zur Rentenanpassung 2008; die Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung kompensiert in etwa die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge und wurde deshalb nicht aufgeführt. Bei unklarer Zuordnung wurden die Zahlen in Klammern gesetzt.

Die Angaben zum „Schutzschirm“ basieren u.a. auf einer kurzzeitigen Internet-Veröffentlichung des Bundesministeriums für Finanzen vom 5.11.2008, die hier durch die Angaben im „Gesetz zur Umsetzung steuerlicher Regelungen des Maßnahmenpakets Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ (Fraktionsentwurf) korrigiert wurden.

Der Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit beziffert die Ausgaben für Kurzarbeitergeld im Jahre 2009 auf 300 Mio €; unterstellt man den worst case, dass das Kurzarbeitergeld um 6 Monate verlängert werden müsste, so bedeutet dass zusätzliche 150 Mio € in 2010.

Bezüglich der vorgesehenen 1000 zusätzlichen Vermittlerstellen (Stichwort: „Job-to-Job-Vermittlung“) wird hier davon ausgegangen, dass sie durch Umorganisation innerhalb der BfA zustande kommen. Im Paket 2 sind 5000 zusätzlichen Stellen,

die bei der Arbeitsagentur geschaffen werden sollen, vorgesehen. Hierfür müssten in der Tabelle etwa weitere 0,9 Mrd. € eingetragen werden (Berechnungen der Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009).

Zum (vorgezogenen) Wohngeldgesetz vgl. Die Bundesregierung, „Mehr Wohngeld – jetzt mit Heizkostenkomponente. Online-Publikation vom 04.07.2008. Die Bundesregierung, „Wohngeldgesetz wird vorgezogen“. Online-Publikation vom 05.12.2008.

Die Angaben zur Rentenanpassung beruhen auf Deutscher Bundestag 16. Wahlperiode Drucksache 16/8744: Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und SPD. Entwurf eines Gesetzes zur Rentenanpassung 2008. Die Kosten der Teilmaßnahmen wurden zusammengefasst.

Angaben zum Kindergeld beruhen auf: Deutscher Bundestag, Drucksache 16/10809 vom 07.11.2008, „Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen (Familienleistungsgesetz – FamLeistG)“, Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“.

Die Angaben zum Ausbau der Kindertagesbetreuung erfassen nur die Zuschüsse des Bundes: Bundesministerium der Finanzen, „Ausbau der Kindertagesbetreuung“. Online-Publikation vom 06.03.2008. Die Bundesregierung, „Mehr Betreuung auch für die Kleinsten“. Online-Publikation vom 07.11.2008. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, „Einigung zur Finanzierung des Betreuungsausbaus erzielt“. Online-Publikation vom 28.08.2008.

Angaben zur Pendlerpauschale: Sprecher des Bundesfinanzministeriums, zitiert nach: ZEIT-Online vom 09.12.2008, „Kürzung der Pendlerpauschale ist grundgesetzwidrig“.

Zur Kritik:

Eine alternative Auflistung der Haushaltswirkungen findet man bei Achim Truger / Dieter Vesper: Öffentliche Haushalte 2008/2009. Spielräume für ein Konjunkturprogramm unzureichend genutzt. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung. Report Nr. 33. November 2008, S.9.

Quellen zum zweiten Konjunkturpaket:

Offizielle Bezeichnung des Paktes: „Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes“. Nach: Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/11740 vom 27.01.2009.

Der Investitions- und Tilgungsfond soll einen Umfang von 16,9 Mrd. € haben. Davon sind 4 Mrd. € Investitionen des Bundes in die Verkehrswege. Zunächst waren 1,5 Mrd. € als Abwrackprämie zur Ankurbelung des PKW-Handels vorgesehen (aufgestockt auf 5 Mrd.); das zentrale Investitionsprogramm Mittelstand hat einen Umfang von 0,9 Mrd. €, die Mobilitätsforschung bekommt 0,5 Mrd. €, 65 v. H. der verbleibenden 10 Mrd. € sollen für Investitionen in Kindergärten, Schulen, Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen (hier unter dem Titel „Bildung“ aufgelistet) ausgegeben werden, wobei davon auszugehen ist, dass es sich in erster Linie um Bauinvestitionen handelt. Die erste Hälfte der Investitionen muss 2009 abgerufen worden sein, der Rest 2010 und 2011. Von den verbleibenden 3,5 Mrd. € lässt sich noch ein Posten „Energetische Gebäudesanierung“ identifizieren. Die Verwendung von 2,75 Mrd. € erfolgt u.a. für Fahrzeuge, Rechentechnik etc. und lässt sich im Detail schwer zuordnen. Hinzugerechnet werden müssen 2,5 Mrd. € Investitionen der Kommunen und Länder, zu denen die Investitionen des Bundes nur „Zuschüsse“ sind. Diese 2,5 Mrd. sind ebenfalls über 3 Jahre zu verteilen, wovon auf 2009 bereits die Hälfte fällt.

In der Tabelle wird davon ausgegangen, dass die Investition in die Verkehrswege in Höhe von 4 Mrd. € zusätzlich zu der Erhöhung erfolgt, die bereits Bestandteil des Konjunkturpaketes 1 waren.

Zur Kritik:

Marc Brost: Das verschenkte halbe Jahr, in: DIE ZEIT Nr.4 vom 15. Januar 2009, S.21

Ein Vergleich mit der von der Gemeinschaftsdiagnose veröffentlichten Liste (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Frühjahr 2009, S.60) zeigt bei den Summen eine Differenz von ca. 4 Mrd., die hier im Jahr 2009 mehr und im Jahr 2010 weniger ausgegeben werden. Dementsprechend weicht der hier angenommene fiskalische Impuls um plus/minus 0,1 Prozent des BIP ab. Für die Abschätzung der volkswirtschaftlichen Effekte fällt diese Differenz angesichts eines anzunehmenden Messfehlers von ca. 0,5 Prozent wohl kaum ins Gewicht.